Posener Zeitung.

№ 196. Donnerstag den 24. August. 1848.

Inland.

✻ Posen, den 23. August. [Schluß der gestern abgebrochenen Petition an die Deutsche Nationalversammlung um Schutz gegen Beschränkung des Verkehrs.] *Abgesehen von seiner staatswirthschaftlichen Unhaltbarkeit ist das System der Handelsbeschränkung moralisch verwerflich.*

Die Handelsbeschränkung beruht auf dem Triebe, einen verhältnißmäßigen Mangel gewisser Dinge zu bewirken, um daraus höhere Preise für dieselben zu erpressen. Dieser durchaus unsittliche Trieb, den eigenen Vortheil auf des Nächsten Nachtheil anzubauen, entspringt am häufigsten aus feigem Mißtrauen in die eigene Produktionskraft; und eben dieses feige Mißtrauen wird von der handelsbeschränkenden Partei aufs eifrigste genährt, um die Sympathieen für sich zu gewinnen. Obgleich alle unsere Fabrikzweige, mit Ausnahme der Spinnereien und Eisenhütten, von ihren Produkten, dem amtlichen Nachweis zufolge, mehr, als was einkommt, an das Ausland absetzen, also faktisch die Konkurrenz auf ausländischen Märkten bestehen, nichtsdestoweniger schreit die handelsbeschränkende Partei über „das Unterliegen aller nationalen Industrie!" Sie will für einige nicht nationalisirte Gewerbesversuche eine Zubuße aus der Volkstasche erringen und schiebt eine allgemeine Hilfsbedürftigkeit vor. So weit hat sich ihr demoralisirender Einfluß erstreckt, daß, wo industrielle Notabilitäten zur Berathung über die Entwickelung nationaler Betriebsamkeit versammelt werden, diese keinen Sinn haben, ihre Intelligenz zu vereinigen, um die natürlichen Produktionsquellen des Landes zu entfalten, und wirklich nationale Vorzüge auf geeignetem Felde durch Anstrengung zu behaupten, sondern blos ihre Stimmen dazu vereinigen, um einen Nothruf über die erbarmungswerthe Erwerbsunfähigkeit ihrer Industrieen auszustoßen, — ohne Gefühl für die eigene Erniedrigung, — nicht begreifend, welcher Widersinn in dem bloßem Gedanken liegt, daß „die nationale Industrie", die Quelle aller Ernährung, durch ein Almosensystem gespeist werden müsse!

Abgesehen von seiner moralischen Verwerflichkeit ist das System der Handelsbeschänkung gefährlich für die sociale Ordnung.

Die Deklamationen der handelsbeschränkenden Partei gegen „die verschlingende Uebermacht fremder Kapitalien und die vernichtende Konkurrenz fremder Arbeit" werden von der einsichtslosen Menge, auf die sie berechnet sind, nicht nur gering aufgenommen, sondern auch in ihre Konsequenzen ausgeführt. Aber der einsichtslosen Menge gilt nicht blos das „fremde", sondern jedes Kapital, nicht blos die „fremde", sondern jede Arbeitskonkurrenz als eine feindlich eindringende Macht; — sie streicht aus der Theorie der Handelsbeschränkung blos das ihr unwesentliche Beiwort „fremd" und ihre socialistische Theorie ist fertig. Friedrich List will Garantie der Preise, Louis Blanc Garantie des Lohns. Jener will das Almosen durch die Fabrikunternehmer, dieser direkt durch die Arbeiter erhoben wissen. Beide sind auf demselben Wege. — Der Staat, welcher dem System der Handelsbeschränkung Vorschub leistet, wird das Fortschreiten socialistischer Projekte nicht aufhalten können.

Abgesehen von seiner Gefährlichkeit für die sociale Ordnung ist das System der Handelsbeschränkung politisch verderblich.

Der sittliche Zweck politischer Einrichtungen ist Volkswohl. Politische Zustände unterscheiden sich nur nach dem Grade, in welchem dieser Zweck erreicht wird. Keine Staatsform giebt für dessen Erreichung eine Bürgschaft. Bisher wurden alle Staatsformen dem Sonderinteresse dienstbar gemacht; — ja, oft geschah dies um so rücksichtsloser, je freier die Staatsform sich nannte. Das absolute Preußen opferte, in der Aufhebung der Zunft- und Dominialrechte, das Sonderinteresse dem Gemeinwohl, zu einer Zeit da das konstitutionelle England durch seine Getreidesperre selbst das Brod der Armen zum Monopole für die Reichen machte. Das republikanisirte Frankreich, in dem Monopolsgelüste noch durchweg befangen, versuchte, im ersten Siegestaumel, der großen Menge, in der Garantie des Lohns, ein Monopol zu schaffen; — eine mathemathische Unmöglichkeit! Eine kleine Minderzahl kann auf Kosten der großen Menge wohl leben, aber nicht umgekehrt; weil Alle wohl Einem helfen können, aber Einer nicht Allen. Die blutigste Abrechnung zog das Facit dieses Elementarexempels. Und jetzt steht Frankreich wieder unter der alten Herrschaft der Sonderinteressen, beutet wieder das Volk durch Theuerungszölle und Ausfuhrprämien, aber noch schonungsloser, aus. Die Monopolisten haben die Kammer nach wie vor inne. Eben so wie das Königthum, dem sie dienten, ihrem Sonderinteresse fröhnte, muß es auch die Republik, die sie beherrschen. Sie haben den Polizeistaat mit ungemildertem Zwange wiederhergestellt, das System des bewaffneten Friedens mit seinen antisocialen Konsequenzen befestigt. — Dem sittlichen Staatszweck, dem Volkswohl, ist Frankreich durch die Bewegung von 1848, welche die Monopole nicht überwand, um keinen Schritt näher gebracht worden.

Hohe Versammlung! Sie wollen die Einheit, die Freiheit, das sociale Wohl Deutschlands!

Vergeblich wird Teutschland nach Einheit ringen, so lange es nicht seine Handelspolitik von allem Einflusse der Monopole gereinigt hat. Die Beschränkung des Verkehrs macht das Binnenland zum Bedrücker der Küstengegenden, den Süden zum Gegner des Nordens. Solche sich widerstrebende Glieder kann Ihre Gewalt wohl mit eisernen Banden aneinanderschmieden, — aber nimmer sie zu einem Ganzen fügen. — *Vereinigen kann nur der Gerechte.*

Vergeblich wird Deutschland nach politischer Freiheit ringen, so lange es die Monopole duldet. Denn die freiere Staatsform spielt jedesmal einen überwiegenden politischen Einfluß in die Hände der größeren Producenten, welche, durch Intelligenz, Willen und Besitz stets ein hervorragendes Element im Volke bilden. Können sie, durch Mißbrauch ihres politischen Uebergewichts, die Preise der Produkte willkührlich auf Kosten der Volksmasse erhöhen, — können sie sich vom Unrechte nähren, dann verbinden sie sich wider die Geltendmachung des Rechts, wider das Gemeinwohl. *In den Händen der Monopolisten verkehrt sich jede Verfassung in ein Werkzeug despotischer Selbstsucht.*

Wird aber das Monopol als gemeinschädlich gebrandmarkt, — müssen die einflußreichen Producenten vor der verbreiteten Rechtseinsicht den Gedanken aufgeben, *andere Produkte zu erzeugen, als welche sie auf freiem Markte mit Vortheil verwerthen können,* dann können sie ihren Gewinn nur in der vermehrten Zahl und der vermehrten Zahlungsfähigkeit ihrer Konsumenten suchen. Sie haben das direkteste Interesse, den Wohlstand des Volks zu heben, seine geistige und sittliche Freiheit zu schützen.

Somit giebt die volle Freiheit des Verkehrs dem Interesse der Besitzenden wie der Besitzlosen ein gleiches Ziel, die Wohlfahrt Aller. *Der völlig freie Verkehr ist für das sociale Leben das einzig wahre organisirende Princip,* — welches nur Denen ein vergeblich gesuchtes Geheimniß blieb, die es bisher, mit kaum verhüllter Eigensucht, in den willkührlichsten Beschränkungen finden wollten.

Hohe Versammlung! Mit Hinweis auf die Geschichte, im Namen des Völkerfriedens und der Deutschen Einheit, im Namen der Freiheit und der socialen Ordnung, fordern wir Sie, Deutschlands Vertreter, auf,

> *die ungehemmte Freiheit des Verkehrs nach Außen wie im Inneren, als Grundbedingung Ihrer Aufgabe zu erkennen.*

△ Posen, den 23. August. Gestern Abend war unsere Stadt der Schauplatz eines improvisirten Festzuges. Die mit einer Protestation gegen Abberufung des ersten Commandanten, General v. *Steinäcker*, nach Berlin gesandte Deputation kehrte zurück. Nachdem auf der Hinfahrt den Herren *Barth*, *Herzberg*, v. *Hassenkrug* und *Fliege* sich zu gleichem Zwecke Abgeordnete aus Wronke und der Umgegend angeschlossen hatte — die Herren *Lamprecht*, *Münch*, *Seidel* und *Krause*, — nahm die gesammte Deputation am 20. d. M. Vortritt bei dem Minister-Präsidenten und dem Kriegsminister. Herr v. *Auerswald* erwiederte nach Empfangnahme der mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Protestation, — es hatte sich namentlich auch der Schutzverein für den Posener- und Schrodaer-Kreis dieser Protestation, so wie der Petition des Posener Volkes um definitive Feststellung der Demarkationslinie angeschlossen — es sei ihm unbekannt, daß das Gouvernement damit umgehe Herrn v. *Steinäcker* von seinem Posten zu entfernen; er verlangte jedoch Nichtsdestoweniger die mündliche Detaillirung der gegen eine solche Maßregel sprechenden Gründe. Die beinahe einstündige Debatte, in welcher besonders die Angelegenheit der Demarkationslinie zur großen Zufriedenheit der Deputation behandelt wurde, schloß mit der Versicherung des Minister-Präsidenten, die Regierung des Königs werde gegen den Willen des Herrn v. *Steinäcker* keine auf dessen Person bezügliche Maßnahmen treffen, welche mit den eben vorgetragenen Wünschen in Widerspruch ständen. Dasselbe bestätigte demnächst Herr v. *Schreckenstein*, indem er seine besondere Freude über die hier herrschende Harmonie zwischen Civil und Militär aussprach, für welche die Deputation ein schlagender Beweis sei. Er anerkannte die Unentbehrlichkeit des Herrn v. *Steinäcker* in Posen, trug der Deputation viele Grüße an diesen seinen braven Freund auf, und bemerkte: „wie er über Erstern alsbald Sr. Majestät dem Könige Vortrag halten werde." Die heimkehrende Deputation traf am gestrigen Tage in Stettin eine große Anzahl Posener Herrn und Damen, welche von einer Parthie nach Swinemünde zurück kamen. In Gemeinschaft mit letzteren und unter dem Klange der dieselben begleitenden Musik des 8. Regiments langte sie Abends 7½ Uhr auf dem hiesigen Bahnhof an. Die Musik an der Spitze begaben sich, bald zu einem unabsehbaren Zuge anwachsend, alle auf dem Bahnhof Anwesenden nach dem Wilhelmsplatz. Die Deputation überbrachte unserm greisen Helden, dem General v. *Steinäcker*, den Gruß des Kriegsministers. Herr *Herzberg* referirte sodann dem versammelten Volke in Kürze über den Ausfall der Mission. Nach einem donnernden Hoch auf den Herrn v. *Steinäcker*, dankte dieser in seiner herzlichen Weise vom Balkon herab, und die improvisirte Feier schloß nach Absingung des *Arndt*schen Liedes, mit unzähligen Hurrah's auf die Deutsche Einheit.

Berlin, den 20. August. (Schles. Ztg.) Die Finanzverwaltung hat den *Tabak* ins Auge gefaßt und den Hrn *Prätorius* und *Brunzlow*, als unseren ersten Tabakfabrikanten, ein Gutachten darüber abgefordert, ob es rathsam sei, den Tabak zu monopolisiren oder die Steuer auf denselben bedeutend zu erhöhen ꝛc. Die Herren Prätorius und Brunzlow beriefen einen Congreß unserer Haupt-Tabaksfabrikanten und diese haben nun auf die verschiedenen Fragen im Wesentlichen Folgendes geantwortet, was mittels Redaktion des Herrn Prätorius an das Ministerium zurückgesendet worden ist: „Der Tabak, das letzte noch unverkümmerte Vergnügen des armen Mannes, ist für denselben *kein Luxus*, sondern ein *Lebensbedürfniß*, nur die theureren Tabake, welche die vornehme Welt verbraucht, sind als Luxus zu betrachten. Die Monopolisirung ist verwerflich und nur eine Erhöhung der Eingangssteuer für die feineren ausländischen Sorten zulässig. Den inländischen Tabaksbau zu fördern ist nicht rathsam, da gerade so viel producirt als gebraucht wird." — Der Kaufmann *Korn*, welcher vor Kurzem in der Urban'schen Sache zu siebenjähriger Haft verurtheilt worden, stand heute vor dem hiesigen Criminalgericht wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den Landesherrn. Er hatte nämlich in einem Plakat von dem alten Dünkel und Stolz der Hohenzollern gesprochen. Das besagte Gericht hat sich jedoch für incompetent erklärt, da eine etwaige geringere Strafe, als jene siebenjährige, von dieser absorbirt würde, eine Schärfung aber nur von demselben Gericht ausgesprochen werden könnte, welches die erstere verhängt hat.

— Der Tod des genialen Chemikers *Berzelius* hat die zahlreichen wissenschaftlichen Vereine Berlins, zu einer Todtenfeier für den unsterblichen Gelehrten veranlaßt. — Mehrere Abgeordnete der Linken haben Briefe von Offizieren aus der Provinz bekommen, in welchen sie von denselben gebeten werden, doch ja darauf zu bestehen, daß der Beschluß der Kammer, in welchem der Kriegsminister es den Offizieren zur Ehrensache mache, sich aller reaktionärer

Bestrebungen zu enthalten oder auszuscheiden, aufrecht erhalten werde. Die Linke wird den Hrn. Kriegsminister interpelliren, warum dieser Beschluß noch nicht ausgeführt sei; ebenso über die Vorgänge in Düsseldorf.

— Die berühmtesten Straßenecken, wo die fulminantesten Plakate hingen, sind von den Hausbesitzern schön übertüncht, und daran steht geschrieben: „Hier ist verboten, Zettel anzukleben.“ Finis revolutionis! rufen die Hausbesitzer. Ist es nur in Berlin so? Arnold Ruge macht eine Rundreise durch Deutschland und sucht nach der Gemeinde, die er in Frankfurt nicht fand, er predigt auf den Gassen die junghegelsche Weltanschauung und Glückseligkeit, den neuen Staat, allein auf Logik gebaut. Trotz der Tausende, die ihm Leipzig und Breslau Vivats gebracht, erscheint mir die Reise wie ein letzter verzweifelter Versuch, Subskribenten zu sammeln auf eine Revolution, für welche das dumme Deutschland noch nicht reif ist. Die Philisterwelt „glaubt“ noch! Wenn auch nicht Viel, doch Etwas. So mußte auch hier das Hauptblatt der Radikalen, die Zeitungshalle, ihre Insufficienz bekennen; sie bettelt um Groschenbeiträge bei den demokratischen Clubs, nur um noch zu bestehen! Der Skandal in der Paulskirche wäre aber wohl das schlagendste Anzeichen, daß die anarchische Partei sich ihrer Insufficienz bewußt ist. So operirt nur, wer selbst seine Sache aufgiebt. (D. Z.)

Berlin, den 22. August. Die Rheinreise Sr. Majestät des Königs glich, wie Augenzeugen versichern, einem Triumphzuge. Bis auf Düsseldorf, wurde der König überall am Rhein mit der größten Herzlichkeit aufgenommen. Die Rheinländer betrachten das unwürdige Benehmen eines Theils der Düsseldorfer Bevölkerung gegen Se. M., der als ihr Gast zum Dombaufeste kam, als eine schwere Verletzung des Gastrechts und demnach als eine tiefe Kränkung der Rheinländer selbst. In Westphalen war die Aufnahme des Königs nicht minder glänzend, wie herzlich. Die Stadt Münster hat dabei den Wunsch ausgesprochen, daß Se. M. längere Zeit in ihrer Mitte verweilen möge.

— In diesen Tagen, wo die Mitglieder unserer Nationalversammlung, wenn schon in den Abtheilungen, doch nicht in Plenarsitzungen beschäftigt sind, bieten die einzelnen Fraktionen Alles auf, sich zu verstärken. Ein Theil des linken Centrums scheint sich unter Rodbertus ganz zur Linken geschlagen zu haben, ebenso dürfte die Linke auf 20—25 Stimmen des rechten Centrums, in welchem Brill sitzt, rechnen können; dagegen soll die Fraktion des Centrums, an deren Spitze Uhlich und Moritz, sich der Rechten angeschlossen haben. Die gemäßigte Linke soll beabsichtigen, die Minister Kühlwetter und v. Schreckenstein anzugreifen, dagegen Hrn. Hansemann besonders in seinen von den großen Grundbesitzern sehr angefeindeten Steuerreformen kräftigst zu unterstützen. Ebenso kann wohl auch Hr. Milde auf die Unterstützung dieser Fraktion rechnen, da sein Benehmen in der Schweidnitzer Sache (Hr. Milde fehlte bekanntlich in jener Sitzung, während die übrigen Minister gegen das Amendement Stein und Schulze stimmten) günstig aufgenommen worden ist; man sieht in ihm oder Hrn. Rodbertus den zukünftigen Premier, während Hr. Hansemann auch in einem neuen Ministerium Finanzminister bleiben dürfte.

— (D. Allg. Ztg.) Der Westphälische Merkur enthält folgenden Artikel: Berlin, den 14. Aug. Nachdem der bisherige Oberpräsident der Provinz Westphalen, Staatsminister **Flottwell**, auf die von Seiten des Königl. Staatsministeriums sowie der hier anwesenden Westphälischen Deputirten der Preußischen Nationalversammlung an ihn erlassene Anfrage zugestanden hat, „die bei der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. angebrachte Petition auf Aufhebung des Cölibats der katholischen Geistlichen mitunterzeichnet zu haben,“ hat das Königl. Staatsministerium den Beschluß gefaßt, den Staatsminister Flottwell als Oberpräsidenten der Provinz Westphalen nicht weiter fungiren zu lassen. Daß der König diesen Beschluß des Staatsministeriums sanctioniren wird, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Köln, den 15. August. Der König von Preußen ward auf seiner Reise nach dem Rhein überall mit Jubel empfangen, namentlich in Westfalen und vor allem in der Grafschaft Mark, welche auf ihren Royalismus so stolz wie die Vendée ist. Der König mußte mehrmals aussteigen. Erst in Düsseldorf änderte sich die Scene. Hier hat in jüngster Zeit der Republikanismus große Fortschritte gemacht. Namentlich ist Freiligrath auf seine Weise thätig, und seine republikanischen Lieder werden in Tausenden von Exemplaren verbreitet. In dem letzten läßt er die Gefallenen der Märznacht, vor deren Bahre der König gestanden, aus ihrem Grabe aufsteigen mit Erde und Moder bedeckt, und Klage führen, daß die ganze Freiheit eher verwest sei als sie. Der König, weiland Freiligraths Mäcen, wird auf das ärgste mitgenommen. Die Stimmung ist in Düsseldorf zum Theil so aufgeregt, daß die Passagiere über die Mannschaft der Düsseldorfer Dampfschiffe Klage führten. Man kann sich eben nicht wundern, daß der König in Düsseldorf übel empfangen war.

Düsseldorf, den 18. August. Gestern ist Se. Maj. der König, von Köln zurückkehrend auf der Fahrt nach Elberfeld hier vorbeipassirt. Der Empfang war diesmal ein anderer; durch ein Spalier der Bürgergarde und des Militairs ging der König, empfangen von dem Stadtvorstande und den Behörden, zu Fuß von dem Köln-Mindner zu dem Elberfelder Bahnhof und unterhielt sich hier längere Zeit mit den anwesenden Autoritäten. Wie wir vernehmen, haben Se. Majestät bereits in Köln gegen den dort anwesenden Oberbürgermeister unserer Stadt Ihre Entrüstung über die hiesige Aufnahme ausgesprochen; dabei aber hat der König erklärt, wie er recht wohl wisse, daß es nicht die Gesinnungen der Gesammtbürgerschaft seien, die sich hier manifestirt hätten; er werde deshalb auch die Ungezogenheit Einzelner der Stadt nicht zuschreiben. Leider verbreitet sich aber das Gerücht, daß Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich, aus Anlaß dieses Skandals, der seinen hohen Gast, den König, betroffen hat, beabsichtige, seine Residenz von hier zu verlegen. Es wäre das für die Stadt ein sehr empfindlicher Verlust. Die Bürgergarde hat sich nun auch in Parteien getheilt und man sieht einer Auflösung resp. Reorganisation derselben entgegen.

Frankfurt, den 18. August. (Deutsche Ztg.) Ich kann Ihnen aus sicherer Quelle mittheilen, daß von dem Reichsministerium die Gesandten ernannt sind, welche in Petersburg, London und Paris den Regierungsantritt des Reichsverwesers offiziell anzuzeigen haben. Nach Rußland geht General von **Auerswald**, nach England von **Andrian** und nach Frankreich von **Raumer**, alle drei Mitglieder der Nationalversammlung. Der Letztere hat ohne Zweifel die schwierigste Sendung, denn es ist nicht anzunehmen, daß der hiesige Französische Gesandte, Hr. Savoye, Berichte nach Paris sendet, welche bei seiner Regierung eine freundliche Gesinnung gegen die Deutsche Centralgewalt zu erwecken geeignet wären, da die persönliche Gesinnung des Hrn. Savoye aus dem intimen Umgang mit den heftigsten Gegnern dieser Centralgewalt leicht zu errathen ist. Zudem wird ohne Zweifel den Deutschen Gesandten in Paris auch die Italienische Frage beschäftigen.

Frankfurt a. M., den 18. August. (62ste **Sitzung der Deutschen National-Versammlung**.) Die Sitzung wird um $9\frac{1}{2}$ Uhr von dem Präsidenten **von Gagern** eröffnet. Die Abgeordneten **Metzler** aus Oederan (Sachsen), **Beinhauer** aus Oesterreich, **Rödenbeck** aus Grünberg in Schlesien, **Jaup** von Darmstadt, **Ranzony** von Melck, haben ihren Austritt aus der National-Versammlung angezeigt. Es wird hierauf zur Berathung über §. 9 des Entwurfes der Grundrechte geschritten. Dieser lautet *): §. 9. Das Briefgeheimniß ist gewährleistet; die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf nur auf Grund eines richterlichen Befehls vorgenommen werden. **Eisenstuck** vertheidigt das zweite Minoritätserachten. Die durch Briefe stattfindenden Mittheilungen, von welchen oft das Glück ganzer Familien abhängt, müssen unter allen Umständen ein unantastbares Heiligthum sein; darum keine Ausnahmen bei Fällen des Strafrechts. Es ist besser, daß ein einzelner Verbrecher unentdeckt bleibt, als daß die Geheimnisse von hundert ehrlichen Leuten verletzt werden. Bei Krieg gilt, was Verletzungen von Seiten des Feindes angeht, ohnehin nur die Gewalt; im Innern aber soll zu solchen Verletzungen kein Recht gegeben werden. **Wesendonck** verlangt, daß die Verletzung des Briefgeheimnisses an allen Beamten, die sich daran betheiligt haben, nach Maßgabe der von den einzelnen Staaten zu erlassenden Strafgesetze zu ahnden sei. **Nerreter** für das Minoritätserachten des volkswirthschaftlichen Ausschusses. **Wiesner** verlangt, daß die Verletzung des Briefgeheimnisses als ein **Verbrechen** zu strafen sei, und daß die Minister für jeden durch die von ihnen befohlene Verletzung entstandenen nachweißbaren Schaden haftbar sein sollen. Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten, und der erste Satz des Antrags des Verfassungsausschusses angenommen. Die zweiten Sätze der Anträge des Verfassungs- und volkswirthschaftlichen Ausschusses: 1) die bei strafgerichtlichen Untersuchungen ꝛc. nothwendigen Bestimmungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen; 2) Ausnahmen können nur durch ein Reichsgesetz festgestellt werden, werden verworfen. Ebenso die Anträge von **Wesendonck** und **Berger**. **) **Wesendonck** fragt an, warum von den Ministern auf verschiedene Interpellationen noch gar keine Antwort gegeben ist. Nach dem betreffenden Gesetz muß der Minister in der nächsten Sitzung entweder Auskunft geben, oder hierfür die Zeit bestimmen, oder angeben, warum er nicht antworten kann. Ich habe vor kurzem den Minister des Auswärtigen bezüglich des Schicksals der bei dem Juniaufstand in Paris betheiligten Deutschen interpellirt. Der **Präsident** entschuldigt den Minister des Auswärtigen, dem diese Interpellation erst heute zugekommen ist. **Vogt** erkundigt sich nach dem Schicksal der von ihm an den Kriegsminister gerichteten Interpellation. Der **Präsident** wird dem Minister von der Erinnerung Kenntniß geben. Es wird hierauf zur Berathung über §. 10 des Entwurfs der Grundrechte geschritten. Dieser lautet: ***) §. 10 Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Concessionen oder Sicherheitsstellungen beschränkt werden. Ueber Preßvergehen, wird durch Schwurgerichte geurtheilt. **Mittermaier** findet bei Vergleichung der seit März erlassenen Preßgesetze eine Verschiedenheit, welche eine Einheit in dieser Beziehung sehr zweifelhaft macht. Es sind bei einem Preßgesetz verschiedene wichtige Fragen zu erledigen. Bezüglich der Verantwortlichkeit sollen die Begriffe von Mitschuld, Urheberschaft ꝛc. konsequent entwickelt werden. Statt dessen sucht man möglichst viele Leute zu packen, übt gegen Verleger und Drucker eine nicht zu rechtfertigende Härte ꝛc. Verantwortlicher Redakteur ist doch wohl, wer die Strafe tragen muß, wenn er den Verfasser eines Artikels nicht nennt. Dann sollte er aber davon frei sein, den Verfasser zu nennen. Man lädt aber den Redacteur, der auch noch Staatsbürger sei, als **Zeugen** vor, um jenen Namen zu erfahren. Die Beschlagnahme sollte nur durch das Gericht verfügt werden. Hinsichtlich der Strafen stellen einzelne Gesetze eine Menge mit harten Strafen bedrohter Vergehen auf. In manchen Gesetzen gestattet man den Beweis der Wahrheit nur auf Grund öffentlicher Urkunden; dadurch ist es in den meisten Fällen unmöglich gemacht, einen Schurken zu entlarven. Der Beweis der Wahrheit muß durch alle Beweismittel geführt werden dürfen. Die Geschworenen müssen wie in England nicht nur über die Thatfrage, sondern auch über die Rechtsfrage bei Preßvergehen urtheilen. Ueber alles dies müssen (gemeinsame) entsprechende Bestimmungen getroffen werden; es kann unter Umständen eine Preßfreiheit geben, die schlimmer ist, als die Censur. (Beifall). Der Redner stellt den Zusatzantrag: Ein Reichsgesetz wird das Verfahren und die Aburtheilung bei Preßvergehen regeln. **Spatz**

*) Verbesserungsantrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses: Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Ausnahmen können nur durch ein Reichsgesetz festgestellt werden. Minoritätsantrag: Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. (v. Rönne, Hildebrand, Osterrath, Eisenstuck, Ph. Schwarzenberg, Degenkolb, Veit, Dieskau, Merck, Preusing, Rößler.)

**) Die Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Staatsbehörde ist an dem Beamten, der hierzu, auf was immer für eine Weise, mitwirkt, nach einem besonders zu erlassenden Strafgesetze als ein Verbrechen zu bestrafen, welches in jedem Falle den Verlust des Amtes und die fernere Unfähigkeit zu jedem Staatsamte zur Folge hat.

***) Minoritätserachten. Es sei der Schutz der Presse gegen den Nachdruck in den Grundrechten aufzunehmen. (Mühlfeld, R. Mohl, Hergenhahn, v. Beckerath, Lasaulx.) Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch die Censur, noch durch Concessionen oder durch Sicherheitsstellungen beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. (Wigard, Römer, Blum, Simon, Schüller.)

schlägt für Absatz 2 des Ausschußantrags nachstehende Fassung vor: „Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Koncessionen oder Sicherheitsstellungen, noch durch Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, noch durch Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt werden." „Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte geurtheilt." Unter Napoleon bestand Preßfreiheit, dagegen waren die Buchdrucker durch Koncessionen, welche durch guten Lebenswandel und Anhängigkeit an den Landesherrn bedingt waren, zu den ängstlichsten Censoren gemacht worden. In Bayern hat man mißliebigen Zeitungen den Postdebit entzogen. Rheinwald aus Württemberg verlangt nachstehende Fassung des Anfangs des Ausschußantrags: Jeder Deutsche hat das Recht, „durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellungen ꝛc. ꝛc." Man muß jedem Gelüste einer spätern etwaigen einschränkenden Auslegung vorbeugen. Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten: Der erste Satz des Ausschußantrags wird mit dem Zusatze von Rheinwald angenommen. Ebenso der zweite Satz mit den Zusätzen des zweiten Minoritätserachtens von Trützschler ꝛc. *) Spatz, Moritz Mohl**). Es wird endlich angenommen ein Verbesserungsantrag von Schubert, dahin lautend: Ueber Preßvergehen wird durch Schwurgerichte nach einem zu erlassenden Reichsgesetze geurtheilt. Die Diskussion über das erste Minoritätserachten wird nach Veit's Antrag zur Diskussion über §. 25 (Schutz des Eigenthums) zurückgestellt. Reichsjustizminister Robert Mohl, welcher davon in Kenntniß gesetzt worden ist, daß über die Nichtbeantwortung von Interpellationen sich beklagt worden ist, bittet die Versammlung, sich noch einige Tage zu gedulden. Bis jetzt sind die nöthigen Bureaueinrichtungen noch nicht getroffen, und wichtige Angelegenheiten nehmen den Ministerrath bis spät Abends in Anspruch. Interpellationen sind zum Theil nicht an den betreffenden Minister gelangt; so hat der Kriegsminister gestern Abend noch keine Kenntniß von den an ihn gerichteten Interpellationen erhalten. Die Minister werden übrigens an einem bereits bestimmten Tage der nächsten Woche Rede stehen. Vischer von Tübingen erneuert seinen Antrag auf Zurückstellung der Artikel III und IV der Grundrechte (die religiösen und Unterrichtsverhältnisse betreffend). Es wird geeignet sein, nicht jetzt das Schauspiel der Verschiedenartigkeit der Ansichten und der zu besorgenden Leidenschaftlichkeit zu geben. Vischer ist, nachdem von Seiten des volkswirthschaftlichen Ausschusses Aussetzung der morgentlichen Sitzung wegen Arbeitsüberhäufung verlangt und darauf hingewiesen worden ist, daß sein Antrag nächsten Montag wird zur Verhandlung kommen können, mit der Aussetzung der Sitzung einverstanden. Die Versammlung beschließt, daß die nächste Sitzung Montag den 21. August stattfinden soll. Tagesordnung: 1) Diskussion über den Vischerschen Antrag, 2) Diskussion über Art. III oder (nach dem Ergebniß des Beschlusses über Nr. 1) über Art. V. der Grundrechte.

Wie in Hamburg bequemt man sich auch hier der neuen Zeit Koncessionen zu machen. So eben wird nachstehendes Gesetz veröffentlicht: Wir Bürgermeister und Rath der freien Stadt Frankfurt verordnen hiermit, auf verfassungsmäßigen Beschluß der gesetzgebenden Versammlung vom 1. Juli 1848 wie folgt: 1) Um eine Prüfung über die nöthigen Abänderungen der Verfassung vorzunehmen und einen Entwurf hierüber, zum Behuf weiterer verfassungsmäßigen Behandlung dieses Gegenstandes, vorzulegen, soll ein Ausschuß von dreißig Personen ernannt werden. 2) Fünfundzwanzig Mitglieder dieses Ausschusses werden durch unmittelbare Abstimmung der, nach Artikel 11 der Konstitutionsergänzungsakte berechtigten Urwähler der Stadt und fünf Mitglieder durch unmittelbare Abstimmung der, nach §. 4 des Gesetzes vom 3. Juni 1823 stimmberechtigten Landbewohner, erwählt. Folgen dann einige Bestimmungen über den Wahlmodus.

Kassel, den 17. August. Se. Königl. Hoheit der Kurfürst hat den Geheimen Legations-Rath Dr. Jordan zu seinem Bevollmächtigten bei der provisorischen Central-Gewalt von Deutschland in Frankfurt a. M. ernannt.

Karlsruhe, den 17. August. Das heut erschienene Regierungsblatt enthält eine Verordnung, worin festgestellt wird, daß das strafgerichtliche Verfahren gegen diejenigen Theilnehmer an den stattgefundenen hochverrätherischen Unternehmungen, die an das Untersuchungsgericht zu Freiburg gewiesen sind, und „welche vor Gericht oder in einer Eingabe an das Justizministerium ein gesetzliches Verhalten versprechen und um Begnadigung bitten", eingestellt wird. Die davon gemachten Ausnahmen betreffen die Führer und Anstifter, die in den Aufstand verwickelten Beamten, die intellektuellen Urheber, solche wo sich das politische mit gemeinen schweren Criminalverbrechen verbindet, oder die überhaupt unter die am schwersten belasteten gehören. Der Untersuchungsrichter kann die Verhafteten gegen obige Erklärung vorläufig sogleich in Freiheit setzen. Der Staatsanwalt legt die Erklärungen dem Justizministerium mit Begutachtung vor. Das Justizministerium entscheidet dann über Einstellung des Strafverfahrens und beziehentliche Niederschlagung der Klage.

Hamburg, den 17. Aug. Der Deutsche Marine-Congreß hat nun sein gründlich erwogenes und geprüftes Gutachten über die Anfänge einer Deutschen Flotte in dem nach Frankfurt gesandten Schlußberichte seiner Sitzungen niedergelegt. Dieser Bericht beschränkt sich darauf, vorzulegen, was das unumgänglich nothwendige Minimum einer Deutschen Flotte sein müßte. Es sind nach ihm anzuschaffen: 1) 8 Segel-Fregatten mit 60 Kanonen von möglichst schwerem Kaliber, 2) 4 Segel-Fregatten mit 40 Kanonen von möglichst schwerem Kaliber, 3) 6 Dampfschrauben-Fregatten, jede von circa 500 Pferdekraft und circa 1500 Tons, mit Kanonen von möglichst schwerem Kaliber, 4) 6 Dampfschaufelräder-Korvetten, jede von 300—400 Pferdekraft und 900—1200 Tons, mit Bomben-Kanonen versehen. Als Bestimmung der Deutschen Marine in Friedenszeit — sagt der Bericht — läßt sich angeben: 1) Stationirung von Kriegsfahrzeugen in solchen Gegenden, wo Deutscher Handel oder Deutsche Einwohner des Schutzes bedürfen, oder wo neue Handelsbeziehungen zu begründen sind. 2) Unterstützung diplomatischer Verhandlungen durch bewaffnete Macht, Escortirung von Missionen u. dgl. 3) Uebung der Offiziere und der Mannschaft, um für den Fall eines Krieges gerüstet zu sein. Den Maßstab für die erforderliche Anzahl von Schiffen muß zunächst der unter 1) gedachte Zweck abgeben. Dabei stellen sich die folgenden Stationen in den Vordergrund, deren Besetzung durch Kriegsfahrzeuge mit Inbegriff der ablösenden oder abgelösten, etwa folgender Maßen sich veranschlagen läßt: I. Nordamerika, Westindien und Golf von Mexico: 1 Fregatte von 60 und 1 von 40 Kanonen; 1 Dampf-Fregatte. II. Südamerika, die Ostküste: 1 Fregatte von 60 und 1 von 40 Kanon.; 1 Dampf-Fregatte. III. Westküste von Amerika: 1 Fregatte von 60 Kanon.; 1 Dampf-Corvette. IV. China und Ostindien: 1 Fregatte von 60 und 1 von 40 Kanonen. V. Im Mittelmeere: 2 Fregatten von 60 und 1 von 40 Kanonen; 1 Dampf-Fregatte; 1 Dampf-Corvette. Also zusammen: 6 Fregatten von 60 und 1 von 40 Kanonen; 3 Dampf-Fregatten; 2 Dampf-Corvetten. Es bleiben also nach Maßgabe des vorgestellten Minimums, es sei in Reparatur oder zum Dienste disponibel: 2 Fregatten von 60 Kanonen; 3 Dampf-Fregatten; 4 Dampf-Corvetten, welche im Falle eines ausbrechenden Krieges benutzt werden können, bis die Geschwader des Mittelmeeres und von Nordamerika eingezogen sind. Auf die in Ostindien und China und an der Westküste von Amerika stationirte Schiffsmacht ist bei einem ausbrechenden Kriege gar nicht, und auf die Station der Ostküste von Südamerika in längerer Zeit nicht zu rechnen, wogegen das Geschwader des Mittelmeeres und das von Nordamerika sehr bald die Deutschen Küsten erreichen würde. Hiernach würde man, vorausgesetzt, daß keine Schiffe in unfähigem Zustande wären, dem Feinde folgende Macht entgegenstellen können: 5 Fregatten von 60 und 2 von 40 Kanonen; 5 Dampf-Fregatten und 5 Dampf-Corvetten. Mit dieser Schiffsmacht, welche größtentheils aus exercirter und gut disciplinirter Mannschaft besteht, kann der Belt forcirt werden, ohne daß Dänemark es zu hindern vermag, und Schweden wird in der kurzen Zeit, welche die Entziehung der Stationen vom Mittelmeer erfordert, uns keine ähnliche Macht gegenüberstellen können. Sollten hingegen Feindseligkeiten im südlichen Europa zu befürchten sein, so wäre die im Mittelmeere befindliche Macht genügend, um jedem der übrigen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs, die Stirn zu bieten. Wenn der Marine-Congreß sodann 150 Kanonenböte zum Schutze der Küsten erbauen will, so hat er nicht sowohl die Autorität als den Beschluß des Bundestags hier berücksichtigen müssen. Die Marine-Kommission schließt ihre Bemerkungen mit dem Ausdruck ihrer entschiedenen Ueberzeugung, „daß, wenn Deutschland trotz der Opfer, welche schon dies Minimum kosten wird, nicht fest entschlossen ist, wenigstens dieses Maß seiner Seemacht in der thunlichst kürzesten Zeit herzustellen, jede auf ein geringeres Maß gerichtete Anstrengung vollkommen nutzlos bleiben müßte; sie spricht aber zugleich die nicht minder feste Erwartung aus, daß Deutschland bei diesem Umfange seiner Marine, dessen volle Herstellung mit Mannschaft und Kriegshafen etwa 7 Jahre erfordern würde, in Zukunft nicht stehen bleiben wird. Die Bemannung dieses Minimums einer Deutschen Flotte schlägt der Bericht des Marine-Congresses auf 9140 Mann an, von denen ungefähr ein Drittel (1510 Mann) schon in den ersten zwei Jahren gestellt werden muß. Die Kosten für die Errichtung dieser ersten deutschen Flotte berechnet er auf 10,250,000 Thaler Preuß., wovon für die in den ersten zwei Jahren seefertig werdenden Schiffe an 4,075,000 Thlr. gerechnet werden. Die Unterhaltungskosten würden sich auf 1,590,000 Thlr. für die bis 1850 zu liefernden Schiffe belaufen. Die Unterhaltungskosten des ganzen Minimums einer Deutschen Flotte giebt der Bericht nicht an; sie werden ohne die Marine-Collegien, Seeschulen, Arsenale, Docks jährlich wenigstens 3,620,000 Thlr. betragen.

Flensburg, den 17. August. Diese Nacht hat eine mehrstündige heftige Kanonade bei Holnis (2 Meilen von hier) stattgefunden. Unsere wackeren Schleswig-Holsteinischen Artilleristen griffen mit ihrer Batterie Sechspfünder mehrere dem Lande zusteuernde feindliche Schiffe an. Es deckte die Unsrigen ein Wall. Es mochten etwa 30 Schüsse vom Lande gefallen seyn, ehe die Dänen recht munter wurden; aber obgleich diese mit Vierundzwanzigpfündern und vielleicht Sechsunddreißigpfündern die deutschen Grüße erwiederten, zwang die Beharrlichkeit der Strandbatterie und der an ihren Schiffen erlittene Schaden sie doch endlich, die Schußlinie zu verlassen. Von beiden Seiten wurden mehrere Hundert Schüsse gewechselt; eines der Schiffe gerieth von den glühenden Kugeln der Holsteiner in Brand, den zu löschen es jedoch der Besatzung bald gelang.

Wien, den 19. August. (Schles. Ztg.) Die Straßenecken sind mit polemischen Flugblättern bedeckt. Die meisten behandeln das Thema der „neuen Religion." Der Weltpriester Gärtner hat die Deutschkatholiken zu einem mündlichen Wettstreite eingeladen. Die gestern Nachmittags im Odeon abgehaltene Versammlung war sehr zahlreich besucht; leider ereignete sich dabei ein sehr betrübender Vorfall. Pater Hirschberger sollte auf allgemeines Verlangen einen Vortrag halten. Er bestieg sichtlich ergriffen, die Rednerbühne und bemerkte: er sei ein Mann des Friedens, auf gesetzlichem ruhigem Wege sollten die Reformen angestrebt werden, man solle eine Bittschrift an den Reichstag richten. Sollte Rom nicht nachgeben, dann Trennung von Rom! Darauf sprach der Redner von der Einführung der Deutschen Sprache im Gottesdienste, einer Synodalkirche, Aufhebung der Klöster, Abschaffung des Cölibats, der Stolgebühren u. s. w. Nach ihm kam Ekhardt, der die Versammlung zur Unterzeichnung der von Dr.

---

*) Dieser lautet: Bei dem §. 10 in dem Minoritätserachten Nr. 14 die Worte „oder durch" zwischen „Concessionen" und „Sicherheitsstellungen" zu streichen, und statt dessen hinter dem letzteren Worte folgende, „oder durch Staatsauflagen" einzuschalten.

**) Dieser lautet: Noch durch Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs.

Schütte verfaßten Adresse an die Linke des Frankfurter Parlaments aufforderte und fragte: ob sie einzeln oder von Pauli im Namen des Deutschkatholischen Vereins unterzeichnet werden sollte; die letzte Ansicht schien die Oberhand zu haben. Auf einmal erscholls: „Herunter mit dem Kerl!" Die Nächststehenden ergriffen den Schreier und wollten ihn hinausbringen; inzwischen verbreitete sich das Gerücht, die Arbeiter seien im Anzuge (schon Tags vorher wurde Peter Hirschberger bedroht: 20,000 Arbeiter würden die Versammlung auseinander jagen). Nach Anderer Meinung soll Jemand Feuer gerufen haben; genug, die ungeheure Menschenmasse setzte sich in Bewegung und suchte die Ausgänge zu erreichen. Nun begann ein furchtbares Gedränge, ganze Reihen wurden zu Boden geworfen, darunter viele Frauen, und über ihre Köpfe wurde rücksichtslos hingeschritten.

— Wegen der gestrigen Militairparade ward die Reichstagssitzung erst Nachmittags abgehalten. Sie war nicht sonderlich bemerkenswerth. Fortgesetzt wurde die Debatte über den Kudlich'schen Antrag. Noch dürften acht und mehr Tage vergehen, bevor sie zu ihrem Schlusse gelangt. Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß Freiherr v. Doblhoff das Entschädigungsprincip selbst zu einer Kabinetsfrage gemacht hat. Sollte die Nichtentschädigung ausgesprochen werden, so würde das Kabinet seine Entlassung nehmen. Man erwartet demgemäß in etlichen Tagen eine derartige Erklärung. Was die Abstimmung betrifft, so glauben wir, daß die so zahlreiche Anwesenheit von Landleuten im Reichstagssaale, das Durchgehen des Grundsatzes voller Entschädigung, namhaft erschwert. Auch dürfte es mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, das Entschädigungskapital unter den gegenwärtigen Umständen aufzutreiben. — Der Umstand, daß bei der gestern abgehaltenen Parade die Studentenlegion lautlos bei der Kaiserl. Familie vorüber zog, während dem Reichstage ein lebhaftes Vivat! dargebracht wurde, und daß sogar in der Marschmelodie ein bekanntes Studentenlied eingeflochten war, erregt das lebhafteste Mißfallen der höheren Bürgerklassen. — Stärker als je, wird seit gestern von der Sprengung des demokratischen Vereins und sogar von der Auflösung der akademischen Legion gesprochen. Auch Dr. Schütte's Ausweisung ist angeregt worden. Dieser wird indessen als Anwalt für die wegen Abfassung republikanischer Artikel vor das Preßgericht citirten Studirenden am 24sten d. auftreten. So weit wir die politischen Atmosphäre hier kennen, glauben wir, daß die nächsten Wochen manches Entscheidende bringen dürften.

Triest, den 14. August. Gegenwärtig liegt die Sardinische Flotte in den Gewässern von Venedig. Dort, heißt es, will Albini die Herausgabe der Venetianischen Schiffe bewerkstelligen. Die Schicksalsurne hat sich gewendet und so ist denn auch für unsere Flotte der Augenblick gekommen, da sie sich wieder frei bewegen soll. Bereits vorgestern hat sie tüchtig Wasser eingenommen und es wird mächtig zur Abfahrt gerüstet. Venedig soll das Ziel — und eine Wiederaufnahme der Blokade die Aufgabe sein; denn Venedig will sich nicht fügen, es sind Excesse daselbst vorgegangen und Versuche zur abermaligen Proklamation der Republik gemacht worden.

Alt-Orsowa, den 23. Juli. In aller Eile und unter dem furchtbarsten Angst- und Jammergeschrei unserer Landbevölkerung theile ich mit, daß tausend und tausend Millionen Heuschrecken unsere Gegend verfinstern und uns Alles aufzuzehren drohen. Diese Thiere nehmen ihren Zug von Serbien herüber und messen 3 Zoll in der Länge und einen halben Zoll in der Dicke. Schon ist unser ganzer Kukurutz auf den Feldern, der noch grün ist, bis auf den grünen Stengel aufgezehrt. Fortwährendes Läuten, Schießen, Lärmen, Heulen, Jammern hört man auf unsern Straßen, um die gefräßigen Thiere zu verscheuchen. Ein großer Theil zieht sich in die Almasch und eine andere lange Schaar rollt sich wie eine bergabstürzende Lawine in die fetten Thäler von Mehadia. (Oest. Ztg.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 19. August. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung waren die kaufmännischen Vergleiche an der Tagesordnung. Bravard, Berichterstatter des Legislations-Ausschusses, erhält das Wort, um seinen gestern abgebrochenen Vortrag über die Vergleiche wieder aufzunehmen. „Sicherlich sind die Handelsleute, welche die Februar-Revolution wie der Blitz getroffen, Ihres Interesses würdig. Man muß ihnen zu Hülfe kommen. Aber die Lage ihrer Gläubiger verdient nicht weniger Ihr Interesse. Nehmen Sie den Entwurf an, so ruiniren Sie das Vertrauen des Großhandels in den Kleinhandel. Die Vortheile, die Sie sich von Ihrer Maßregel versprechen, werden von ihren Nachtheilen bei weitem überboten. Darum hat sie der Gesetzgebungs-Ausschuß verworfen und seine Erklärung für genügend gehalten. Diese Erklärung besteht in folgendem einzigen Artikel: „„Die Zahlungs-Einstellungen und Verkehrs-Suspensionen, welche seit dem 24. Februar bis zur Veröffentlichung gegenwärtigen Dekrets eingetreten, sollen, obgleich dem dritten Buche des Handels-Koder verfallen, die Eigenschaft eines Fallissements nur dann erhalten und dem Fallirten die bürgerlichen Rechte nur dann entziehen, wenn das Handels-Tribunal den Vergleich anzuerkennen verweigert oder den Fallirten überhaupt zum Vergleiche nicht zuläßt."" Lacaze stellte den Entwurf des Gesetzgebungs-Ausschusses als unpolitisch, ungerecht und tödtlich für den Kredit dar. Es sei ein exceptionelles, parteiisches Gesetz ... Jules Favre unterbricht heftig. Lacaze aber fährt fort, daß, wenn dergleichen sozialistische Ideen Boden faßten, es leicht dahin kommen könne, daß der Ausspruch eines Mitgliedes: „Jedem sei die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten nach Gutdünken überlassen" (Proudhon's), bald zur Wahrheit werde. (Unterbrechung, Lärm und Tumult.) Er unterstützte daher den Entwurf des Gesetzgebungs-Ausschusses. Jules Favre protestirt gegen jede Solidarität zwischen ihm und Proudhon. Tourret, Handels-Minister, legt inzwischen ein Kreditverlangen von 600,000 Franken für die Bronze-Industrie vor. Die allgemeine Diskussion wird als geschlossen erklärt und der neue Vorschlag Roudeaux's rücksichtlich der Vergleiche angehört. Es wurde nun über die Priorität des Entwurfs des Gesetzgebungs-Ausschusses gegen die übrigen Amendements abgestimmt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 736, absolute Mehrheit 369, für den Ausschuß-Entwurf 337, gegen denselben 399. Der Gesetzgebungs-Ausschuß erlitt also eine Niederlage, und das Favresche Amendement wird nun morgen zunächst diskutirt werden. Die Versammlung schritt hierauf zur Berathung über einen Antrag Derde's, der zum Zweck hat, alle diejenigen Bittschriften nicht zur öffentlichen Diskussion zu bringen, welche von dem Petitions-Ausschusse verworfen worden. Man sah hierin eine Beschränkung des Petitionsrechtes, und der Antrag fiel durch. Präsident Marrast zeigt schließlich an, daß morgen sein Amt zu Ende gehe und die Versammlung zur Wahl eines neuen Präsidenten zu schreiten habe.

— Die Zahl der brodlosen Arbeiter in Paris erreicht schon wieder die Höhe von 50,000. Der Stadtrath denkt daran, sie zu beschäftigen, und will zu diesem Zweck die großen Louvre- und Gemüsehalle-Bauten mit Eifer betreiben lassen. Die Verlängerung der Rivoli-Straße bis zum Stadthause allein kostet über 150 Millionen Frc. Dieser Durchbruch veranlaßt den Neubau von etwa 118 Häusern.

— Unsere Blätter sind heute voller Privatberichte aus Turin und Mailand; aus denselben geht soviel hervor, daß Karl Albert keine andere Alternative hatte, als zu kapituliren. Seine Truppen waren auf das Höchste erschöpft und starben buchstäblich vor Hunger. Mailand hatte kaum Lebensmittel für 2 Tage und bei dem Zustande des Heeres hielt ein Kriegsrath es für unmöglich, sich ferner dort zu halten, oder eine Schlacht wagen zu können. Bei dieser Lage der Dinge war an nichts Anderes als an eine erträgliche Kapitulation zu denken, und der König mußte froh sein, noch mit dem Leben aus der Stadt zu kommen, da der Pöbel ihn als Gefangenen zurückhalten wollte. Der gute Einfall des Herrn Alphons de la Marmora rettete ihn. Dieser ließ sich nämlich an einem aus Bettvorhängen gemachten Strick aus einem Hinterfenster herunter und holte eine Compagnie, welche den König und seinen Sohn herausgeleiteten. Das Volk verfolgte die Eskorte mit Flintenschüssen und tödtete 3 Garden-Offiziere. Die Equipagen des Königs wurdrn geplündert und verbrannt, sein Silberzeug und Geld geraubt. Der Pöbel plünderte sodann den Palast des Herzogs von Litta, welcher Adjutant des Königs ist. Herzog von Litta befindet sich gerade in der Schweiz, um 5000 Mann auf eigene Kosten auszurüsten; überdies hat er eine Million für Kriegskosten und eine ganze Batterie dem Staate geschenkt. Es ist Thatsache, daß das Landvolk der Lombardei die Sardinischen Soldaten verhungern ließ und ihnen Lebensmittel verweigerte. In der Schlacht liefen die 9000 Lombarden beim ersten Kanonenschuß auseinander, während die Savoyarden und Piemontesen tapfer kämpften. Zu Turin, Florenz und Rom wechseln jetzt die Minister stündlich. Es ist keine beneidenswerthe Rolle, bei der jetzigen Aufregung der Gemüther dort das Ruder zu führen.

— Vor mehreren Wochen wurde berichtet, daß es in Paris allein an 7000 kleine Handelshäuser (Krämer, Professionisten, Kaffeewirthe) gebe, die sich zahlungsunfähig erklärt hätten, weil ihrer Angabe nach die Februarrevolution allen Verkehr vernichtet habe. Es wurde hinzugefügt, daß diese Bürger sich massenhaft in der Börsenhalle versammelt und den Beschluß gefaßt hätten, ihren Gläubigern zu wissen zu thun, daß sie entweder mit geringen Procenten zufrieden sein, oder alles verlieren müßten, weil man sich in Masse als insolvent erklären wolle. Die Gläubiger, die Absicht vieler Schuldner erkennend, sich mittelst der Februarrevolutionen ihrer Hauptposten in den Büchern zu entledigen, wehrten sich nachdrücklich gegen ein solches Verfahren. Nach langem, mehrmonatlichem Hin- und Herdebattiren und Petitioniren ist endlich der Tag erschienen, an welchem ein definitiver Beschluß in dieser wichtigen Angelegenheit gefaßt werden soll. Sie befindet sich heute an der Tagesordnung der Nationalversammlung unter der bekannten Ueberschrift: les Concorbats amiables. — Die Zahl der noch nicht bezahlten Wechsel beträgt nach den jüngsten Bankberichten für Paris allein 21 Millionen und für die vereinigten Departements 11 Millionen. Diese 32 Millionen würden sofort zum Executor wandern, wenn die Nationalversammlung jene Concordate nicht genehmigt. Ganz Paris wäre dann bankerott.

Großbritannien und Irland.

London, den 17. August. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung entspann sich eine wichtige Debatte im Budget-Comité bei Gelegenheit der Bewilligung eines Postens von 57,500 Pfd. für verschiedene Ausgaben des auswärtigen Amtes. Herr d'Israeli erhob sich, um die Politik Lord Palmerston's zu bekämpfen, namentlich die beschlossene Intervention in Italien. In seiner scharfen sarkastischen Weise spottete der Redner zuerst über Lord Minto's Thätigkeit, welcher verhindert hätte, daß Oesterreich Sardinien angreife; dafür wäre freilich Sardinien in Oesterreich eingefallen. Er hätte ferner die diplomatische Verbindung mit dem Papste eingeleitet, der freilich jetzt über keine Diplomatie mehr zu gebieten habe. Lord Minto habe sich ferner Mühe gegeben, die Einheit der beiden Sicilien aufrecht zu erhalten; sie wären freilich etwas auseinander gerathen. Nach diesen glücklichen Erfolgen wolle Lord Palmerston einen neuen Feldzug in Italien eröffnen, über den man sich doch im voraus einige Auskunft erbitten müsse. Lord Palmerston vertheidigte zuerst die Sendung Lord Minto's, die beschlossen sei, nachdem der Römische Hof nach einem Abgeordneten der Englischen Regierung und dessen freundschaftlichen Rathe verlangt habe. Sodann widerlegte er die einzelnen Angriffe gegen seine Politik Schritt vor Schritt; nur

(Mit einer Beilage.)

als er bei der Englischen Flotte vor Neapel ankam, verweigerte er ebenfalls, vor aller Welt Englands auswärtige Politik zu enthüllen. Was die Vermittelung im nördlichen Italien betreffe, so sei sie nicht, wie d'Israeli zu verstehen gebe, ein bloßer verkehrter Einfall der Englischen Regierung. Die Regierung sei vielmehr von allen Parteien darum angegangen, von Oesterreich, von Sardinien, von Frankreich. Noch vor drei Tagen habe die Oesterreichische Regierung darum nachgesucht. Auf der anderen Seite sei Frankreich nachdrücklich um ein kriegerisches Bündniß mit Italien gegen Oesterreich gebeten worden, und er könne nicht sagen, wie Herr d'Israeli, daß Frankreich gar kein Recht habe, ein solches Bündniß einzugehen. Er züchtigte die eitlen Sophismen des Herrn d'Israeli, der in demselben Athem ein Einverständniß mit der Französischen Nation anempfehle und dennoch jeden Hohn auf dieses so leicht reizbare Volk häufe.

— Die Chartisten haben sich in der letzten Zeit wieder in England geregt. In Ashton fanden Unruhen Statt, und in Manchester wurden die geregelten Versammlungen den Behörden so bedenklich, daß sie gestern alle Versammlungs-Orte plötzlich von der Polizei besetzen und alle verdächtigen Schriften in Beschlag nehmen ließen. Neun Personen wurden verhaftet. In London stehen die Truppen unter den Waffen. Heute Nacht wurden in Webberstreet, Blackfriars, vierzehn Chartisten verhaftet, welche mit geladenen Pistolen, dreischneidigen Dolchen und anderen Waffen versehen waren. Auch an anderen Orten wurde nach Waffen gesucht.

— In Ballingarry wurde am 7. August über die von den Konstablern (die übrigens Iren und Katholiken waren) auf der Boulagher Wiese erschossenen Aufwiegler Todtenschau gehalten. Die Aussage von Anne Walsh, Wittwe des einen Gebliebenen, ist nicht ohne Interesse. „Mein Mann, erzählt sie, ging Sonnabend früh aus, um Steine zu klopfen. Um 12 Uhr sah ich Haufen Volks nach der Gemeindewiese ziehen, dann hörte ich einige Schüsse, aber wie viele kann ich nicht sagen. Dann ging ich nach der Wittwe Cormack's Hause, von wo die Schüsse zu kommen schienen, und sah einen Mann außerhalb der Hofmauer liegen. Ich eilte zu ihm hin, als zwei Flinten aus dem obersten Fenster des Hauses auf mich gerichtet wurden und mehrere Personen drinnen mir zuriefen: ich sollte zurückgehen oder sie würden mir das Lebenslicht ausblasen. Es war Niemand in der Nähe des Hauses, außer mir selbst, meinem Mann und noch Einem, der in den letzten Zügen lag. Dann kam der Pfarrer Fitzgerald und ich bat ihn, das Seinige zu thun, daß ich meinen Mann mit nach Hause nehmen dürfte. Ich habe ein Kind und Nichts zu leben, aber mein Mann verdiente ein Pfund Mehl täglich durch Steinklopfen für die Armenanstalt. Smith O'Brien ist allein Schuld an meines seligen Mannes Tod, für keinen Andern würde er sich in die Gefahr begeben haben" Das ist eine jener irischen Geschichten, rührend und erschütternd in ihrer Einfachheit. Man darf sich nicht wundern, wenn ein Mann, der täglich mit saurer Arbeit nur 1 Pfund Mehl verdient, für einen Revolutionschef, der ihm goldene Tage verspricht, in den Tod geht. Smith O'Brien gab der Wittwe 1 Pf. Sterling, um ihren Mann begraben zu können, verzweifelt wenig für einen Rebellenhäuptling, durch dessen Schuld die Frau um ihren Mann und dadurch um ihr tägliches Existenzmittel, 1 Pfund Mehl, kam! Die Leiden und Kümmernisse Irlands sind groß, seine Beschwerden nur allzu gerecht; man denke nur an jene ejectments oder in der Kunstsprache der Landinhaber clearances (Säuberungen, Aufräumungen!), wornach die — allerdings der Faullenzerei geneigten und von den katholischen Geistlichen in Dummheit gehaltenen — kleinen Afterpächter ohne Gnade und Barmherzigkeit aus ihren Hütten gestoßen werden können, daß der Himmel ihr Dach und die Landstraße ihr Pfühl ist. Man sagt, daß auf neuntehalb Millionen Bewohner in Irland nur 1400 wirkliche Grundeigenthümer kommen! Auch die Times gestehen jetzt, „daß mit militärischen Maßregeln, mit Aufhebung der Habeaskorpusakte, mit Ausnahmegesetzen überhaupt Irland nicht geholfen sei", andrerseits dämpfen sie das Mitleid sogleich wieder durch die Aufzählung der Staatsgelder, die für Irland verausgabt werden; „eine falsche Sentimentalität verleite das Parlament und die Englischen Staatsmänner, sich mehr mit der Lage Irlands als Englands abzugeben" u. s. w. Nur darüber möge man sich klar machen, daß Irland mit kindischen Revolutionsversuchen nicht gedient ist, daß es einen Schein von Selbstständigkeit nur mit dem gänzlichen Ruin seiner zum Theil blühenden Handels- und Seehafenstädte erkaufen könnte.

Belgien.

Brüssel, den 11. August. Vorgestern wurde über die Heldenthaten der Belgischen Befreiungslegion bei Risquons-Tout und die damit verbundenen Aufwieglungsversuche im Innern des Landes, die Assisenverhandlung eröffnet. Allem Anschein nach werden sie sich lange hinausziehen, da nicht weniger als zweiunddreißig Personen auf der Bank der Angeklagten sitzen, und die Anwesenheit eines des Französischen unkundigen Geschworenen die flämische Verdolmetschung nothwendig gemacht hat. Außer den bei dem Scharmützel an der Gränze betheiligten, sind einige Republikaner von Brüssel, Gent und Lüttich mit in den Prozeß gezogen worden, als Mitwisser des erwähnten Unternehmens, unter andern der Advokat Spilthoorn, Vorstand des Genter, und General Mellinet, Vorstand des Brüsseler demokratischen Vereins. In der ersten Sitzung und zur Einleitung der Verhandlungen ließ es sich der Staatsanwalt, Generalprokurator De Bavay, angelegen sein aus mehrfachen, in der Anklageakte unerwähnt gebliebenen Thatsachen den Plan der Angeklagten, die Belgische Staatsform auf gewaltsame Weise umzustürzen, als unwiderlegbar darzuthun und die meist aus öffentlichen Blättern bekannten Einzelnheiten, die Bildung einer Legion in Paris betreffend, den Geschwornen ins Gedächtniß zurückzurufen. Den Antheil den die provisorische Regierung wenigstens indirekt an der Sache gehabt, beweist er aus dem vor einigen Tagen der Nationalversammlung eingereichten Bericht des Hrn. Bauchart, so wie er in gewissen Organen der Franz. Presse sichere Belege dafür findet, daß die Legion unter dem besondern Schutz der Französischen Behörden, zumal des Norddepartements, stand. So viel aus den Verhören hervorgeht, darf an der Existenz eines in Paris angezettelten und in Brüssel weiter ausgesponnenen Projekts, die Arbeiter zu Gunsten der Republik aufzuwiegeln, und an dem Zusammenhang der Ruhestörungen in Gent, Brüssel und im Hennegau mit der kurz darauf vorgefallenen Geschichte an der Grenze kaum mehr gezweifelt werden, und man muß sich nur über die Feigheit der Angeklagten entrüsten, welche evidente Thatsachen durch Subtilitäten hinwegkünsteln wollen. Ueber das Vorfinden mehrerer gleichlautenden Ministerlisten hat keiner nur einen Schatten wahrscheinlicher Rechenschaft abzulegen gewußt.

Italien.

Während die „Baseler Zeitung" die haarsträubendsten Dinge über Tumulte und Priestermord und provisorische Regierung sich aus Rom schreiben läßt, melden direkte Nachrichten, daß dort der Frieden zurückgekehrt, daß das neue Ministerium gebildet sei mit Corboli-Bussi als Minister des Auswärtigen, Fabri für das Innere und Lauri für die Finanzen, während die andern Portefeuilles in den alten Händen bleiben. Corboli-Bussi, der Vermittler der Lega doganale, wird wohl der einzige Mann in Rom sein, welcher der jetzigen Situation gewachsen ist. Welden's brutaler und durch nichts gerechtfertigter Einfall in die päpstlichen Staaten hat natürlich große Entrüstung erregt: aber Kriegeslust zeigt sich durchaus nicht mehr und die kriegerischen Jünglinge der Römischen Guardia Civica strömen jetzt in großen Haufen zum Hotel des Französischen Botschafters, um die Intervention zu erflehen, welche sie abermals so stolz von sich wiesen.

— Die Privat-Nachrichten aus Mailand vom 14., und aus Padua vom 15. August sind von der höchsten Wichtigkeit. Sonntags öffnete Brescia dem F.-M.-L. d'Aspre seine Thore. Nachdem sich die Stadt auf Gnade und Ungnade ergeben hatte, zog ihm eine Deputation mit dem Bischof an der Spitze entgegen. Gegen ?000, meistens Mailänder und Pavianer Studenten wollten Widerstand leisten, sind aber von den Einwohnern zur Besinnung gebracht und nach der Besetzung vom General d'Aspre entwaffnet worden. Montag zog F.-M.-L. Fürst Schwarzenberg in Bergamo ein. Nachdem die Piemontesen nach dem Vertrag abgezogen waren, warfen die Truppen ihre Waffen weg. Pizzeghetone hat der Commandant der Piemontesen vor seinem Abzug mit allem, was sich in der Citadelle befand, in die Luft gesprengt. Gegen 400 Menschen, worunter viele gefangene Deutsche, Geißeln, Weiber, Kinder sind ein Opfer dieser Schandthat geworden. In Mailand herrscht vollkommene Ruhe. Die Französischen und Englischen Minister am sardinischen Hof sind seit einigen Tagen in Mailand stationirt, und vom Marschall schon öfters empfangen worden. Sie haben die Flaggen ihrer Nationen vor ihren Hotels entfaltet. — In Betreff der Wegnahme aller Kassen und des Kirchensilbers und Goldes durch Karl Albert vor seinem Abzug, erfährt man, daß er die Vorstädte angezündet hatte, um das Volk zu beschäftigen, während dem ließ er die Geistlichkeit zusammenfangen und zwang sie, alles Kirchensilber abzuliefern. So zog er mit 8 schwer beladenen Wagen, Gold und Silber nebst allen Kassen ab. Er nahm den Weg über Magenta. Jedenfalls scheint er sich wieder in die Arme Oesterreichs zu werfen. Am 13. traf in Mailand die Nachricht ein, daß sich Genua erhoben und eine Volksbewegung gegen Karl Albert ausgebrochen ist. F.-M.-L. Welden steht in Padua. Die Piemontesen schicken sich zum Abzug aus Venedig an, allein die Freischaaren mit der Guarda civica wollen sich bis auf den letzten Mann vertheidigen! Osoppo weigert sich, dem Befehle Karl Alberts zu gehorchen. Der Commandant Oberst Zenetti gehorcht von nun an nur den Befehlen des Manin in Venedig. Im ganzen Lombard.-Venet. Königreich herscht vollkommene Ruhe und die Bauern erklären überall, an Oesterreich halten zu wollen. So stehen heute die Angelegenheiten in Ober-Italien Nur in Bologna hat sich nach Abzug der Oesterreicher eine revolutionaire Junta gebildet. In Rom und Florenz erhebt sich die Konservative Partei, und der gekünstelte Fanatismus und Enthusiasmus verraucht; das Volk will auch dort Ruhe. (Wien. Z.)

In Rom hat der Papst den Grafen Fabbei, Prolegaten von Urbino und Pesaro, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Am Morgen des 2. wurde ein Breve des Papstes an den Straßenecken angeschlagen, eine Antwort auf eine Adresse der Kammer an den Papst, um ihn zum Kriege zu bewegen, worin es hieß: „Gott wache über Italien, den Staat der Kirche und diese Stadt, deren unmittelbare Hut der großen Schützerin von Rom, der heiligen Jungfrau, anbefohlen, so wie den Fürsten der Apostel. Und obwohl mehr als eine Schändung des Heiligthums bis jetzt die Hauptstadt der katholischen Welt verunreinigt hat, so vertrauen wir dennoch auf die Gebete der Kirche, welche sich zum Antlitze des Herrn erheben werden, auf daß er seine Segnungen schütte über die Guten und unsere Feinde auf die Bahnen der Ehre und der Gerechtigkeit zurückrufe." Dem dringenden Verlangen der Römer gegenüber, daß der Papst den Krieg erkläre, ist diese Antwort sehr ausweichend. Ebenso ausweichend war seine Sprache gegen die Deputation der Kammer mit der Adresse, welche er am Tage vorher Abends 9 Uhr empfing. Er antwortete, daß die zu machenden Schritte auch von der „hohen" oder ersten Kammer berathen werden müßten, daß er aber nicht abgeneigt sei, eine Legion von Fremden in Sold zu nehmen.

Jonische Inseln

Corfu, den 10. August. Vorgestern traf ein vom Admiral S. W. Parker von Neapel abgesandtes Englisches Dampfboot hier ein, mit welchem wir erfuhren, daß der König Ferdinand bedeutende Rüstungen zur Wiedereroberung der Insel Sicilien veranstaltet. Eine große Anzahl von Dampfbooten und Segelschiffen — man spricht von 16 der erstern und 100 der letztern — soll dazu verwendet werden, um Truppen und Kriegsmaterial nach jener Insel überzuführen, auf der 2 Faktionen im Volke zu bestehen scheinen. Hier schließt man, daß, wenn die Neapolitanische Regierung für ein solches Unternehmen sich hinreichend stark erachtet, es ihr geglückt sein müsse, in dem übrigen Königreiche ihre kräftige Haltung wieder zu gewinnen. In der That vernehmen wir aus dem benachbarten Apulien und Calabrien nichts von Ruhestörungen. Die Sendung des Englischen Dampfschiffes hieher hatte auch den Zweck, die Aufklärung sich zu verschaffen, ob es wahr sei, daß ein Boot Calabreser Flüchtlinge, das vor ungefähr 4 oder 5 Wochen von einem Neapolitanischen Dampfboote aufgebracht wurde, wirklich in den Jonischen Gewässern genommen worden ist, indem die solcherweise gefangen genommenen Calabresen gegenwärtig den Britischen Schutz mit Geltendmachung des Umstandes ansprechen, als sie schon in den Jonischen Gewässern, in der Nähe von Corfu, sich befanden, wo sie nicht mehr hätten verfolgt werden sollen. Aus den Erhebungen scheint hervorzugehen, daß dieses Aufgreifen immerhin mehrere Seemeilen an der Außenseite der Insel Staat fand, und es wird von der Entscheidung der Frage nun abhängen, was als eigentliche Jonische Gewässer anzunehmen ist.

Türkei.

Trapezunt, den 24. Juli. In Folge eines kürzlich eingetroffenen Pfortenbefehls haben sich von den in Kurdistan stationirten Truppen 20,000 Mann eiligst nach den Donauländern zu begeben. Die ersten zwei Bataillone sind bereits hier eingetroffen, haben aber vor ihrer Einschiffung noch die übliche zehntägige Contumaz zu bestehen. Als Siegestrophäen führen sie zehn Kurdenchefs mit sich, welche sie in den letzten Gefechten zu Gefangenen gemacht haben. Nach dem Abmarsche jener Truppenmasse bleiben in den Stellungen von Siwas bis Ersinghian noch 16,000 Mann zurück; diese aber dürften kaum im Stande sein, die Kurden, welche ungeachtet der bisherigen starken Militärmacht ihre Aufstände im Tudschik-Gebirge erneuerten, in allen Punkten niederzuhalten. — Die hiesigen Manufakturen-Verkäufer sind deßhalb in Unruhe, denn sie besorgen, daß ihre Geschäfte mit dem Kurdistan, welche in letzter Zeit sehr schwunghaft betrieben wurden, wieder in's Stocken gerathen werden. — Tabris ist wieder ruhig und die Waarensendungen nach jenem Platze nehmen ihren ungestörten Fortgang. Dafür aber haben sich dunkle Gerüchte von einem Aufstande verbreitet, welcher in Ispahan ausgebrochen und dreihundert Christen das Leben gekostet haben soll.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Die Einundvierzigste Sitzung, vom 21. August, wird um $5\frac{1}{2}$ Uhr, unter dem Vorsitze des ersten Vicepräsidenten, Dr. Kosch (Präs. Grabow befindet sich auf Urlaub), eröffnet. (Die Ministerbank ist leer.) Der Schriftführer Abg. Bauer (Krotoschin) verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches ohne Weiteres angenommen wird. (Allgemeine Unaufmerksamkeit.) Ein Gleiches geschieht mit mehreren nachträglichen Wahlen, unter denen namentlich: Pfarrer Elkermann (Stellvertreter) für den Kölner Landkreis, und Assessor Schramm in Berlin (gleichfalls Stellvertreter) für den Striegauer Kreis. —

Man geht sofort zur eigentlichen Tagesordnung, Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten über.

Die erstere hatte folgendes Ergebniß. Zahl der Stimmenden 332. Absolute Mehrheit 167. Es hatten Stimmen erhalten: Hr. Grabow 308, Hr. Rodbertus 11, Hr. Waldeck 4, Hr. Ritz 2, die HH. Schaffraneck, Patereck, Piper, Richter, Baumstark, Berends je 1, ein Stimmzettel war ungültig. Hr. Grabow ward hierauf von dem ersten Vicepräsidenten zum Präsidenten verkündet und dann zur Wahl der vier Vicepräsidenten geschritten. Die Versammlung entschied einstimmig, daß das Büreau in ihrer Abwesenheit das Ergebniß feststelle und in der morgenden Sitzung verkünde. Die nächste Sitzung ward hiernächst auf Dienstag, den 22. d. M. 8 Uhr Morgens angesetzt und auf die Tagesordnung gesetzt: 1) der Bericht über die Habeas-Corpus-Akte;) der Bericht über den Antrag des Abg. Friedrich auf Versorgung der Invaliden aus den Feldzügen von 1813—15; und wenn noch Zeit bleiben sollte 3) die Fortsetzung des Berichts der Bittschriften-Commission.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

H Meseritz, den 20. August. Gestern hat der Königl. Regierungs- und Schul-Rath Herr Wendt aus Posen die Realschule revidirt und die Abiturienten-Prüfung geleitet. Da er, wie vorauszusehen, wegen seines bevorstehenden Abgangs nach Stettin, Meseritz nicht mehr berühren wird, so beschloß das Lehrer-Collegium, seinen Abschied durch ein prunkloses Mahl zu feiern. Der Direktorats-Verweser, Herr Professor Gäbel sprach bei Tische, im Namen des Lehrer-Collegiums gegen den geehrten Scheidenden das dankbare Anerkenntniß seiner zahlreichen Verdienste um die Schule und der edlen Humanität, die ihm die Liebe aller Lehrer gewann, aus; — ein feuriges Hoch folgte den, einem tiefbewegten Herzen entströmten Worten. Unmittelbar darauf dankte der Gefeierte, mit sichtbarer Rührung, für die ihm so allgemein gezollte liebevolle Huldigung und sprach hierbei die Ueberzeugung aus, daß die Realschule, welche, fern von dem einseitigen und beschränkenden Nützlichkeitsprinzipe, die allgemein sittliche und menschliche Bildung der Schüler als ihre Hauptaufgabe betrachte, in Zukunft, wo derartigen Schulen eine höhere Geltung bevorstehe, neben jeder ihrer Schwesteranstalten sich würdig behaupten, ja, ohne allen Zweifel, den Rang einer Musteranstalt einnehmen werde, ein Rang, zu dem sie ihre schönen Leistungen und die so sichtbar gehobene Sittlichkeit der Schüler — Resultate, die er ganz und ausschließend der Tüchtigkeit und Berufstreue der Lehrer beimaß — schon jetzt berechtigten. —

Alle Lehrer und alle Personen unserer Stadt, die mit dem Herrn Schulrathe in nähere Beziehung gekommen sind, rufen ihm hiermit, unter der Zusicherung ihrer bleibenden Liebe und Verehrung, ein herzliches Lebewohl nach.

Die ihm von der hiesigen Liedertafel dargebrachte Huldigung, an der die Elementarlehrer der Stadt und Umgegend sich betheiligt haben, documentirt übrigens, daß die hohe Achtung, welche wir dem Scheidenden zollen, ihm von allen Orten folgt, auf die seine segensvolle Wirksamkeit sich erstreckt hat.

Frage. Ist der verabschiedete, seyn wollende Berichterstatter L. in Wongrowitz (siehe den verhängnißvollen Art. No. 158. d. Ztg.) zu der am 13ten August stattgehabten Lehrer-Conferenz geladen worden, oder war er blos ein ungebetener Gast??? X.

Marktberichte. Posen, den 23. August.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf., auch 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf.; Roggen — Rtlr. 25 Sgr. 7 Pf., auch — Rtlr 28 Sg. 11 Pf.; Gerste 24 Sgr. 5 Pf. auch 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 25 Sgr., auch 26 Sgr. 8 Pf.; Erbsen — Rtlr. — Sgr. — Pf., auch — Rtlr. — Sgr. — Pf; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tr. $18\frac{1}{2}$—$18\frac{2}{3}$ Rthlr.

Berlin, den 22. August.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität $56\frac{1}{2}$—62 Rthlr.; Roggen loko $86\frac{1}{2}$pfd. 29 Rthlr. gem., schwimmend $85\frac{5}{8}$pfd. 29 Rthlr. gefordert, 82pfd. p. Sept./Okt. 28 Rthlr. Br., $27\frac{1}{2}$ bez. u. G.; Gerste, große, loco 26—25 Rthlr., kleine, 23—22 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 15—17 Rthlr; Raps und Rübsen 69 Rthlr. Br., $67\frac{1}{2}$ G.; Leinsaat 46—44 Rthlr.; Rüböl loco $10\frac{2}{3}$—$10\frac{1}{2}$ Rthlr., Aug./Sept. dito, Sept./Okt. dito, Okt./Nov. $10\frac{5}{6}$—$10\frac{2}{3}$ Rthlr, Nov./Dez. $10\frac{7}{8}$—$10\frac{5}{6}$ Rthlr.; Leinöl loco 10 Rthlr. Br., Lieferung $9\frac{2}{3}$ Br.; Mohnöl 21 Rthlr.; Hanföl 16 Rthlr.; Palmöl $13\frac{3}{4}$—14 Rthlr.; Südsee-Thran $9\frac{3}{4}$ Rthlr.; Spiritus loco $18\frac{3}{4}$ Rthlr. verk. u. Br., Aug./Sept. ohne Geschäft, Sept./Okt. $17\frac{1}{4}$ Rthlr. Br.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 24sten August: Braut und Bräutigam in einer Person; Lustspiel in 2 Akten von A. v Kotzebue. — Hierauf: Eine Frau die sich zum Fenster hinausstürzt; Lustspiel in 1 Akt von L. Schneider.

☛ Das große Interesse, welches die Verhandlungen der zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung einberufenen Versammlung gewähren, und der Wunsch, diese auf das Schnellste treu im Auszuge mitzutheilen, so wie aber auch eine schleunigere Verbreitung der Handels- und Börsen-Nachrichten möglich zu machen, veranlaßt uns von heute ab die in unterzeichnetem Verlage erscheinende

„Neue Berliner Zeitung"

zweimal des Tages (Morgens und Abends) auszugeben und zur Post zu expediren. Wir glauben somit den dahin gerichteten Anforderungen unserer geehrten Abonnenten zu genügen.

Der Abonnements-Preis bleibt pro Quartal für Berlin auf 1 Rtlr. 7 Sgr. 6 Pf. und auswärts bei allen Preußischen Post-Anstalten auf 1 Rtlr. 15 Sgr. unverändert bestehen.

Berlin, den 4. August 1848.

Deckersche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei.

Bekanntmachung.

Am 30sten August d. J. früh um 10 Uhr sollen durch den Rendanten Kurzhals 300 Hammel vor unserem Gerichtsgebäude öffentlich gegen gleich baare Zahlung verkauft werden.

Posen, den 29. Juli 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Sonnabend den 26sten d. Mts. früh 9 Uhr werden auf dem Kanonenplatz 47 größtentheils dienstbrauchbare Pferde an den Meistbietenden verkauft werden.

Für etwaige Fehler wird nicht gehaftet.

Posen, den 22. August 1848.

Das Kommando der 1sten Abtheilung
5ter Artillerie-Brigade.

Aller Orten an unserer Bahn ist lebhaft der Wunsch angeregt worden, an Stelle der sonst vor vollständiger Eröffnung einer Bahn wohl üblichen unentgeldlichen Probefahrten noch jetzt gegen eine geringe, — allgemeinere Theilnahme verstattende Vergütigung eine gewissermaßen nachträgliche Einweihungsfahrt eintreten zu lassen

Wir wollen diesem Wunsche entsprechen und eine solche Extrafahrt Sonntag den 27sten August von Stettin nach Posen für auf den Stationen von hier bis inbegriffen Woldenberg (nicht für auf weiter belegenen Stationen) Zugehende in Wagen 3ter Klasse gegen eine aller Orten gleich bleibende Vergütigung von 1 Rthlr. für Hin- und Rückfahrt veranstalten; —

und für Posen und die auf die Stationen von dort bis inbegriffen Dratzig Zugehenden gegen gleiche Vergütigung solchen Zug von Posen nach Stettin am folgenden Sonntage den 3ten September einrichten.

Das Nähere für den Zug von Posen werden wir noch bekannt machen und möge, wer sich etwa deshalb einem allgemeinen Arrangement unterziehen, z. B. Abfahrtszeit, Aufenthalt hier, Rückkunft vorschlagen will, an unseren dortigen Bahnhofs-Inspektor v. Larisch wenden.

Stettin, den 21. August 1848.

Directorium der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.
Masche.

Die Handlung J. M. R. Witkowski Wwe. fordert hierdurch wiederholentlich ihre sämmtliche Schuldner auf, die Rechnungen bis Ende dieses Monats zu berichtigen, widrigenfalls sie sodann gegen dieselben sofort klagbar werden wird.

Auf dem Graben No. 30. sind zwei Wohnungen, jede von 3 Stuben, nebst Zubehör und Gartenpromenade, vom 1sten Oktober c. zu vermiethen.

Carl Graßmann.



Frisches Rehwild und Rebhühner sind billig zu haben bei Stiller.

Heute Donnerstag den 24sten August:

Großes Konzert

im Hildebrandtschen Garten, ausgeführt von der Kapelle des Königl. 5ten Infanterie-Regiments. à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr. Anfang 6 Uhr Nachm.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 13. bis 19. Aug. 1848.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometer-Stand.	Wind.
13. August	+ 10,7°	+ 19,4°	28 Z. 0,3 L.	W. heiter
14. "	+ 7,9°	+ 15,8°	28 " 0,2 "	W. heiter
15. "	+ 11,1°	+ 17,5°	27 " 9,1 "	NW. heiter
16. "	+ 8,3°	+ 16,4°	28 " 1,4 "	NW Regen
17. "	+ 8,2°	+ 15,9°	28 " 1,2 "	OSO. heit.
18. "	+ 10,3°	+ 18,5°	28 " 1,1 "	NW heiter
19. "	+ 11,2°	+ 19,1°	28 " 0,5 "	NNW. heit